

## Die Kohleindustrie freut sich

Koalition: „Bringschuld und Selbstlob zur Halbzeit“, FR-Politik vom 7. November

Eines ist richtig, wir leben auf einer Insel der Seligen (noch), aber nicht wegen, sondern trotz der Groko. Es fehlt ein Plan für die Zukunft. Vielen Bürgern ist dies bewusst. Ebenso bewusst ist den Bürgern die Untätigkeit der Regierung hinsichtlich grünen Stroms. Es wurde seit Jahren versäumt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, mehr noch, es wurde vieles verhindert. Sonnenstrom wurde gedeckelt, die Förderung der Solarindustrie versäumt, viele Arbeitsplätze auf diesem Gebiet gingen verloren, besonders im Osten (Solarworld). Die Windkraft wurde durch bürokratische Hindernisse praktisch zum Erliegen gebracht, da gehen zurzeit viele Arbeitsplätze verloren. Die nördlichen Bundesländer haben beschlossen, Wasserstoff weiter zu entwickeln. Es fährt bereits ein Wasserstoffzug, ich bin vor einigen Tagen von Bremervörde nach Buxtehude damit gefahren. Es wurde berichtet, dass 2018 durch nicht genutzten Strom aus Windkraft Wasserstoff für 750 000 Pkw hätte hergestellt werden können. Jetzt sollen Anlagen zur Herstellung von Wasserstoff gebaut werden. Man hat dies an den Bund herangetragen, aber es hieß, man sei selbst dabei, etwas zu planen.

Die Braunkohle bis 2038 festzuschreiben, hilft dem Klima auch nicht. Ohne grünen Strom kann das Klima nicht gerettet werden, das ominöse 1,5 Grad

Ziel schon gar nicht. Die Wasserstofftechnik wird jetzt wiederentdeckt, nachdem man sie vor Jahren nach einigen Entwicklungsjahren sanft entschlafen ließ.

Zur E-Auto Politik. Es wird suggeriert, dass diese klimaschonend seien. Gegenwärtig sind sie es nicht. Was gar nicht thematisiert wird ist: Wo soll der Strom denn herkommen? Der vorhandene grüne Strom wird jetzt schon von so vielen genutzt, so viel gibt es doch gar nicht, und gebaut wird auch nichts, im Gegenteil, alte Anlagen werden in Kürze abgebaut, aus Altersgründen, und neue dürfen häufig dort nicht gebaut werden wegen der neuen Vorschriften. Und wem nützt das? Der Kohleindustrie.

Bezeichnenderweise kommt das Thema Landwirtschaft in der Aufzählung der Erfolge der Groko nicht vor. Glyphosat und Neonicotinoide, die in Frankreich schon verboten sind, sind bei uns bis 2023 erlaubt, mindestens, dabei ist die Giftigkeit der Stoffe bekannt. Also auch auf diesem Gebiet ein „Weiter so“. Die Bürger aber wollen endlich einen Plan, wie es weitergehen soll, aber den hat die Groko nicht. Es ist nicht damit getan, die verschiedenen Industrien zu schützen. Die Menschen wollen wissen, wie es weitergehen soll. So wie es ist, kann man nur sagen: Note 6, abtreten. Aber wer soll es machen? Und wie?

Jürgen H. Winter, Schöneck

## Herrisch statt gendergerecht

Zu: „Rechte Sprachkritik“, FR-Meinung vom 7. 11.

Die Kolumne gegen den Verein Deutsche Sprache unterstreicht die Fehlhaltung von Kämpfern geschlechtsbetonter Redeweise: unsachlich und herabsetzend. Sie hat mit Erkenntnisgewinn mittels Gender-Sicht nichts zu tun.

Diese angeblich geschlechtergerechte ‚Sprache‘ ist a) begriffstutzig, weil sie übergeschlechtliche Bezeichnungen für Gattungen auf wortgleiche Teilmengen verengt – wie „Leser“; b) sprunghaft, weil sie dies bei Angaben weiblicher Wortform unterlässt – wie „Fachkraft“; c) widersinnig, weil sie das eine Geschlecht vom anderen ableitet statt von der Gesamtheit; d) verworren, weil sie die anfängliche „Gleichstellung“ mit den weiter verfügbaren Worten nicht durchhalten kann; e) anbiedernd, weil sie den Unkundigen zum Maßstab kürzt statt sein Sprachverständnis zu fördern – „fühlen sich nicht angesprochen“; f) herrisch, weil sie erklärtermaßen durch Sprachregelung umerziehen soll; g) nichtsnutzig, weil sie auf Bekenntnis statt auf Sprachpflege zielt.

In Schule oder Hochschule den Lernern diese Redeweise abzufordern oder auch nur nahe-zulegen, ist nicht das behauptete Sensibilisieren, sondern Machtmissbrauch.

Ulrich J. Heinz, Marburg

## Flickschusterei bei der Rente

Erweiterung auf „Bei der Mütterrente war die Politik großzügiger“ vom 8.11.

Sehr geehrte Familie Osterloh, nur auf den ersten Blick war die Politik großzügiger. Es wurde erst einmal unabhängig vom Vermögen verteilt. Das heißt, dass jede Mutter (Beamtinnen ausgenommen) die Mütterrente ausbezahlt bekam.

Pech allerdings für jene Rentnerinnen, die eine Grundsicherung für Rentnerinnen bekamen. Diesen wurde die Mütterrente angerechnet und von der Grundsicherung wieder abgezogen. Also war es für die Bedürftigsten ein Nullsummenspiel. Sie hatten zum Schluss genauso wenig Geld wie vorher. Die SPD war folglich nur großzügig bei denen, die schon ausreichend hatten.

Nun möchte die SPD wieder jene unterstützen, die es eigentlich nicht nötig haben. Es gibt nicht wenige Bürger, die Teilzeit arbeiten, weil es finanziell möglich ist. Entweder haben sie ein entsprechendes hohes Gehalt, werden von einem Partner unterstützt oder haben einfach genug Vermögen geerbt. Ich würde diese Menschen keineswegs der von Ihnen definierten Unterschicht zuordnen. Die einzige Voraussetzung ist, dass sie 35 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben.

Ich halte Ihre Theorie, dass einige Beteiligten trotz niedrigem Verdienst zu einem kleinen Vermögen gekommen sind, für höchst unwahrscheinlich. Wieso soll ein Arbeitnehmer, der viel-

leicht aus familiären, aus gesundheitlichen Gründen oder einfach weil er lange Zeiten arbeitslos war und somit die 35 Jahre nicht erreicht hat, für Vermögende, die 35 Jahre bewältigt haben, die erhöhte Rente mitfinanzieren?

Als Rot-Grün die Rentenreform durchsetzte, war klar, dass dies bei vielen Rentnern zur Altersarmut führen würde. Seitdem flickt die SPD an der Rente herum. Erst gab es die Rente mit 63 für bestimmte Arbeitnehmer, dann wurde das Rentenalter schrittweise angehoben. Danach gab es die Mütterrente und nun die Grundrente.

Meiner Meinung nach brauchen wir aber keine Flickschusterei an dem Rentensystem, wenn mal wieder auffällt, dass es eben für nicht wenige Menschen Altersarmut bringt, sondern wir brauchen ein funktionierendes Rentensystem. Es gibt erfolgreiche Rentensysteme beispielsweise in Österreich, den Niederlanden oder Schweden.

Allerdings ist ein Systemwechsel deutlich aufwendiger: Och, da gibt es jetzt halt hier ein paar Prozent weniger und da ein paar Jährchen mehr ...

Andrea Zech, Offenbach

Alle Leserbriefe dieses Leserforums finden Sie auch online im FR-Blog unter der Adresse [www.frblog.de/lf-20191111](http://www.frblog.de/lf-20191111)

# HP\_0LES02FRDA - B\_180334

